



Forderungen harren noch der Umsetzung

Drei Jahre nach dem Auffliegen der Neonazi-Terrorgruppe NSU bleibt viel zu tun

Als am 4. November 2011 mit dem Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt die Existenz der neonazistischen Terrorgruppe NSU öffentlich bekannt wurde, waren sich Verantwortliche von Sicherheitsbehörden und Politiker auf allen Ebenen einig, dass niemals mehr die Gefahr von rechts unterschätzt werden dürfe. Alle seien aufgefordert, besonders aufmerksam zu verfolgen, was da im Umfeld von NPD, freien Kameradschaften und neurechten Vereinen und Verbänden vor sich geht.

Drei Jahre später reiben sich alle diese Politiker und Sicherheitsbehörden verwundert die Augen, wenn in Köln fast 5.000 gewaltbereite Neonazis unter dem Label der Hooliganszene gegen Muslime im Besonderen und „Ausländer“ im Allgemeinen hetzen. Dabei ist seit langem bekannt, dass sich in den Fußballfanszenen bundesweit Nazis tummeln und dabei nicht selten von den Vereinen noch vor antirassistischen Faninitiativen in Schutz genommen werden. Auch hier gilt: Wer sehen wollte, den konnte diese Entwicklung nicht wirklich überraschen.

Drei Jahre nach dem Auffliegen des NSU ist es also immer noch nicht selbstverständlich, dass rassistische, antisemitische und neonazistische Aktivitäten staatlicherseits frühzeitig erkannt und energisch bekämpft werden.

Von den vor anderthalb Jahren durch

den Bundestagsuntersuchungsausschuss zum NSU gegebenen 70 Empfehlungen ist bislang keine in reale Politik umgesetzt worden. Dafür ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Geheimdienst im Bereich „Extremismus“ durch das „Gemeinsame Abwehrzentrum“ bedenklich ausgeweitet worden. Mehr Macht und mehr Zugriff auf Daten also für den Verfassungsschutz, die Institution, die maßgeblich verantwortlich für die Verharmlosung und indirekte Förderung neonazistischer Strukturen war und ist.

Zu neuem Ausschuss bekannt

In Thüringen hat sich bislang ebenfalls relativ wenig getan. Die Forderungen des Thüringer Ausschusses, der im September seinen Bericht vorlegte, harren noch der Umsetzung. Allerdings sind sie zumindest in Teilen bereits Bestandteil der Sondierungsverhandlungen von LINKEN, GRÜNEN und SPD gewesen. Alle drei haben sich zur Errichtung eines würdigen Gedenkortes, der Einrichtung einer Enquete-Kommission zum Phänomen des Rassismus sowie zur Neueinsetzung eines Untersuchungsausschusses bekannt.

Vor allem das erscheint dringend erforderlich, sind doch zum NSU-Komplex selbst trotz zahlreicher Untersuchungsausschüsse, journalistischer Recherche und eines Mammutprozesses vor dem Oberlandesgericht München immer noch viele - und zum Teil zentrale - Fragen offen. Unklar ist so

zum Beispiel immer noch, wie viel staatliche Stellen tatsächlich wussten oder ob der NSU tatsächlich nur aus Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bestand.

Wichtige Fragen unbeantwortet

Für Thüringen stellen sich neben den Ereignissen am 4.11.2011 in Eisenach auch immer noch Fragen nach dem Unterstützernetzwerk der Untergetauchten und der Organisation dieser Unterstützung sowie nach den Verbindungen zwischen Teilen dieses Unterstützernetzwerks und der organisierten Kriminalität.

Dass in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen ebenfalls Ausschüsse arbeiten oder ihre Arbeit aufnehmen werden, macht Hoffnung, dass zumindest im Bereich der Aufklärung im vierten Jahr nach Auffliegen des NSU kein Schlussstrich gezogen wird. Vielleicht kann zum fünften Jahrestag ja auch ein Umdenken staatlicherseits im Umgang mit rechten und nazistischen Phänomenen und eine konsequente Umsetzung der vielen guten Empfehlungen der Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern konstatiert werden. Es wäre an der Zeit.

Steffen Trostorf

(unser Autor war wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags) ■

AKTUELL Gewalt von Hooligans & Neonazis in Köln

Zu den gewalttätigen Ausschreitungen beim Aufmarsch von 3.000 bis 5.000 Hooligans und Neonazis in Köln erklärt Katharina König, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Es wäre fatal, die Geschehnisse als bloße Gewalttätigkeiten von Fußball-Anhängern einzuordnen. Die Proteste wurden von zahlreichen Neonazis unterstützt.“ Der Aufmarsch sei geprägt gewesen „von klar rassistisch und neonazistisch motivierten Bedrohungen, Parolen und körperlichen Übergriffen auf Menschen, die nicht in das hasserfüllte Weltbild der Teilnehmer passten.“

Dabei sollen auch Gruppierungen bzw. Personen aus Thüringen teilgenommen haben, darunter NPD-Funktionsträger aus Eisenach.

Während der Demonstration sind hundertfach Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ oder „Ausländer raus“ skandiert worden. Auch gab es Rufe wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“, „Nationaler Sozialismus jetzt“ oder „Frei, sozial, national“. Bei der Demonstration und danach ist es zu vielen gewalttätigen Übergriffen auf vermeintlich linke Gegendemonstranten und Ausländer, aber auch auf Pressevertreter und Sicherheitskräfte gekommen, wobei 44 Polizisten verletzt worden sein sollen.

Unter den Teilnehmern des Demonstrationszuges „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) wurde auch der Thüringer NPD-Landesvorsitzende Patrick Wieschke erkannt. Er hatte auch auf Facebook seine Teilnahme bestätigt und im Kontext seiner Reise nach Köln

davon gesprochen, dass er den „Kontinent vor der islamischen Invasion verteidigen“ wolle. Auch andere Neonazis aus Thüringen stehen im Verdacht, am Aufzug teilgenommen zu haben, darunter ein 38-jähriger Eisenacher NPD-Stadtratskandidat, der seine Gaststätte in diesem Jahr für NPD-Treffen zur Verfügung stellte. „Nach der verpatzten Landtagswahl lässt die NPD nun scheinbar auch ihre letzten Hüllen vom Saubermann-Image fallen, da es nicht mehr viel zu verlieren gibt“, konstatiert König. Der Protest gegen Salafismus sei nur ein Vorwand.

Die Abgeordnete wird eine Kleine Anfrage u. a. nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden über Anreisen aus der Thüringer Hooligan- und Neonazi-Szene und deren Mitwirken an den Ausschreitungen einreichen. ■

KOMMENTIERT:

von Diana Glöckner

Anschlag auf Fahrzeug von LINKE-Politikern

In der Nacht vom 25. zum 26. Oktober wurden die Reifen eines Fahrzeugs der Thüringer LINKEN in Bernshausen (Wartburgkreis) beschädigt. Das Auto ist mit Portraits von Margit Jung und Dieter Hausold, beide sind Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, und dem Partei-Logo beklebt. Das Fahrzeug war vor Ort, da an diesem Wochenende der Parteitag der Linkspartei Thüringen in Leimbach stattfand.

Erst vor wenigen Wochen gab es ähnliche Attacken gegen die Autos von Steffen Harzer in Hildburghausen und Jörg Kubitzki (beide Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE) sowie Maik Nothnagel (bis Ende der 5. Legislatur Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE) in Steinbach/Hallenberg. In allen Fällen wurde Anzeige bei der Polizei erstattet.

Die Gemeinde Urnshausen, ein Ortsteil ist Bernshausen, gilt als eine Hochburg der NPD in Thüringen. Daher ist ein rechtsextremer Hintergrund des Anschlags naheliegend. Allerdings ist festzustellen, dass sich viele Bewohner des Ortes über den Vandalismus entsetzt zeigten und den betroffenen Parteitagsdelegierten sofort Hilfe und Unterstützung zukommen ließen.

Immer wieder werden Büros der Linkspartei und ihrer Abgeordneten attackiert. In der Nacht vom 26. auf den 27. Juni 2014 erfolgte ein Anschlag auf die Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Weimar. Im Juli wurde - innerhalb von sieben Monaten zum zweiten Mal - das Wahlkreisbüro von Maik Nothnagel in Eisenach angegriffen und dabei die Scheiben beschädigt. Während des Landtagswahlkampfes war Katharina König, Mitglied der Linksfraktion, Ende August in Saalfeld massiv von Neonazis bedroht worden.

„Solche Anschläge sind kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Letztlich zeigen sie, welches Geistes Kind hinter denen steht, die sie verüben“, sagt zum aktuellen Vorfall Margit Jung, Landtagsabgeordnete mit Direktmandat aus Gera und kürzlich gewählte Vizepräsidentin des Thüringer Landtags.

„Diese Einschüchterungsversuche laufen ins Leere. Wir lassen uns nicht mundtot machen und im Engagement gegen Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus einschränken. Solches Vorgehen zeigt, wie wichtig das Eintreten gegen den braunen Sumpf ist“, so Dieter Hausold, direkt gewählter Abgeordneter aus Gera. ■

Berninger unterstützt Taubert gegen NPD



Am 22.10. hat der Thüringer Verfassungsgerichtshof eine Klage der neonazistischen NPD gegen Sozialministerin Heike Taubert verhandelt, weil diese mit ihrem Unterstützungsauftrag für Anti-NPD-Proteste in Kirchheim die gebotene parteipolitische Neutralität habe vermissen lassen. Sabine Berninger, Justizpolitikerin der Fraktion DIE LINKE, erklärt dazu: „Wenn Nazis und RassistInnen gegen die Menschenwürde aktiv werden, dann gibt es keine so genannte parteipolitische Neutralität“, wie die NPD sie einfordere. Ganz im Gegenteil bestehe in solchen Fällen das Gebot, Partei zu ergreifen. „Ich kenne Frau Taubert als engagierte Verteidigerin von Demokratie und Toleranz und kann ihr nur für ihre Klarheit in dieser Sache danken“, betont Sabine Berninger.

Taubert habe mit ihrem Aufruf nichts anderes getan, als einen Appell ernst zu nehmen und umzusetzen, der vom Thüringer Landtag in der ersten Sitzung der 5. Legislaturperiode am 29. September 2009 beschlossen worden sei. Es handle sich dabei um den Appell „an Exekutive und Justiz, alle Mittel und Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus – gegenwärtig vor allem des Rechtsextremismus – und Rassismus im Rahmen des rechtsstaatlich Möglichen auszuschöpfen.“

Der Landtag erklärte in seinem Beschluss (Landtagsdrucksache 5/23): „Der Schutz der Menschenwürde verlangt, entschlossen gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen.“ Die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz und der Verfassung des Freistaats Thüringen konkretisiert ist, erfordert die entschlossene Auseinandersetzung mit allen Gegnern dieser Ordnung.“ Dass in der NPD Gegnerinnen und Gegner dieser Ordnung organisiert sind, sei unbestritten, stellt Berninger klar. ■

Wohnungsunternehmen müssen gestärkt werden

Linksfraktion im Dialog mit dem Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft

Die Wohnungsunternehmen in Thüringen spielen eine wichtige Rolle auf dem hiesigen Wohnungsmarkt. Im „vtw. Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V.“ haben sich derzeit 198 Mitgliedsunternehmen, darunter 106 Wohnungsgenossenschaften und 54 kommunale Wohnungsgesellschaften, zusammengeschlossen. Die Mitgliedsunternehmen bewirtschaften rund 270.000 Wohnungen. Fast ausschließlich handelt es sich mit 252.500 Wohnungen um den eigenen Bestand der Unternehmen. Nur rund 17.500 Wohnungen werden für Dritte, teils in der Wohnungseigentumsverwaltung, betreut. Nahezu jeder zweite Mieter in Thüringen wohnt somit in einer Wohnungsgenossenschaft oder Wohnungsgesellschaft.

Am 28. Oktober 2014 fand der wohnungspolitische Dialog zwischen dem Verband vtw und den neu gewählten Abgeordneten des Thüringer Landtags statt. Es ging bei den Gesprächen, an welchen Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE, SPD, Grüne und CDU teilnahmen, unter anderem um die aktuelle Leerstandsquote der Wohnungen

und die Fluktuationsrate bei den Vermietungen. Schnell wurde klar, dass sich der vtw und die Vertreter des Thüringer Landtags einig sind, dass die Sicherung des bezahlbaren Wohnens nur gemeinsam geht. DIE LINKE unterstützt größtenteils die Forderungen des vtw und ist der Meinung, dass man bei einer zu erwartenden zweiten Leerstandswelle die Erfahrungen der ersten unbedingt nutzen sollte. Wohnungsbaugesellschaften müssen weiter gestärkt werden, um einem Abbau von Wohnungskapazitäten und der drohenden Privatisierung durch Verkauf entgegen zu wirken.

Förderprogramme anpassen

Ein ehrliches Auseinandersetzen mit den Kosten der Energiewende, die immer weiter steigende Nachfrage nach gemeinschaftlichem Wohnen sowie der Bedarf an Stellplätzen und Spielplätzen, die ein angenehmes Wohnen in Aussicht stellen, sind zu berücksichtigen. Förderprogramme müssen neu überdacht werden. Auch das Wechselverhältnis zwischen dem ländlichen Bereich und großen Städten muss dabei in Betracht gezogen werden. Das Programm der Dorferneuerung bedarf

einer kompletten Neuausrichtung. Das Preisniveau bei Wohnungen muss sich auch an den Bevölkerungsgruppen orientieren. DIE LINKE ist dafür, alles zu ermöglichen, was im Kostenrahmen liegt. Sie ist gegen eine Übertragung allgemeiner kommunaler Kosten auf die einzelnen Wohnungsunternehmen.

Ebenso wie die Sprecher von SPD, Grünen und CDU hält sie eine Senkung der Grunderwerbssteuer, die der vtw fordert, für schwierig. Gemeinsam mit den Partnern der Sondierungsgespräche für die mögliche rot-rot-grüne Landesregierung hat sich DIE LINKE für eine Mietpreislösung ausgesprochen. Im Falle dieser Mietpreislösung müsste ein Investor zwar eventuell mit weniger Rendite zufrieden sein, diesen Faktor müsse man allerdings in Kauf nehmen, da es zunächst gilt, bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Auch ist die Mietpreislösung kein Muss, sondern vielmehr eine Möglichkeit, in eine sich stetig steigende Mietpreisspirale in einigen Wohnvierteln der betroffenen Städte dämpfend einzuwirken.

Anja Gebauer

(unsere Autorin absolviert ein Praktikum bei Frank Kuschel, MdL) ■

Abwärtstrend bei Unternehmensgründungen in Thüringen

Die selbst in der eigenen Partei höchst umstrittene amtierende Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hat sich zu Wort gemeldet.

Nach einem katastrophalen Regierungsjahr mit zahlreichen Affären (Stichwort: Gnauck), staatsanwaltlichen Ermittlungen und der Landtagswahl, bei der ihre Partei weit unter dem eigenen Ziel abgeschnitten hat, behauptet Lieberknecht, es sei ein Zeichen von „Vernunft“, wenn man ihrer zerstrittenen CDU in Thüringen die Regierungsmacht lasse. Damit werde verhindert, so wird Lieberknecht in einer CDU-Pressemitteilung zitiert, „dass Thüringen sich durch eine von der Linken geführte Regierung ins Abseits manövriert (sic!) und die erfolgreiche Entwicklung der letzten Jahre abreißt.“

Nun ist Detailkenntnis offenbar Lieberknechts Sache nicht. Nimmt man etwa ein landespolitisch bedeutendes Feld wie die Wirtschaftsstruktur, dann muss die von der CDU so betonte „erfolgreiche Entwicklung“ deutlich relativiert werden.

Lieberknecht ohne Sachkenntnis

So sind beispielsweise in Thüringen von Januar bis Juli 2014 die Gewerbeanmeldungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum laut Mittei-

lung des Landesamtes für Statistik um 823 bzw. 9,6 Prozent auf 7.749 Anzeigen zurückgegangen. Mehr als vier Fünftel der Gewerbeanmeldungen entfielen dabei auf gewerbliche Neugründungen. Den weitaus größten Anteil an den Neugründungen machten mit 72,5 Prozent allerdings die Kleinunternehmen und der Nebenerwerb aus, wie das Landesamt berichtet. Nur 27,5

Prozent waren sogenannte „Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Substanz“, gemeint sind Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Betriebe mit Beschäftigten.



Prozent waren sogenannte „Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Substanz“, gemeint sind Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Betriebe mit Beschäftigten.

Deutlich höher als die Zahl der Gewerbeanmeldungen lag von Januar bis Juli 2014 außerdem mit 8.647 die der Gewerbeabmeldungen. Auf 100 An-

Freistaat am stärksten betroffen

Dazu passen Meldungen über Arbeitsplatzrückgänge im Bereich der erneuerbaren Energien. Es habe sich zwar um einen deutschlandweiten Trend gehandelt, das Minus sei in Thüringen aber am höchsten gewesen.

Die Zahlen stammen aus einer aktuellen Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Dort ist festgehalten, Thüringen sei „dem fortschreitenden Markteinbruch in der Solarenergie ausgeliefert gewesen“. Aus dem Thüringer Wirtschaftsministerium heißt es, die CDU habe bei Windkraft oder Geothermie „auf der Bremse“ gestanden.

Ein derart negativer Saldo lässt sich nicht als Erfolg verkaufen – weder von Lieberknecht noch von vereinzelt Satrapen, die mit vollmundiger Agitation sowie apokalyptischen Warnungen vor einem Regierungswechsel im Interesse der CDU tätig sind und noch dazu gegen das Gebot zur parteipolitischen Neutralität einer IHK verstoßen.

Stefan Wogawa ■

Fernwasserversorgung vor immensen Aufgaben

Tilo Kummer (Linksfraktion) warnt vor „riesigem Kostenblock mit vielen Unbekannten“

Zur Situation der Thüringer Fernwasserversorgung (TFW) äußert sich Tilo Kummer (Fraktion DIE LINKE). Noch im Juli dieses Jahres, kurz vor der Landtagswahl, stellte er zwei kleine Anfragen an die Landesregierung mit dem Ziel, ein umfassendes Bild über betriebswirtschaftliche, technische und bauliche Parameter des Talsperrenbetriebs der TFW zu erhalten. Die Antworten, einschließlich einiger Tabellen, liegen erst seit Mitte September vor.

„Das ist ein Novum“, betont Kummer, „bisher verweigerte die Landesregierung Auskünfte über die wirtschaftliche Tätigkeit der TFW. Ein wissenschaftliches Gutachten der Landtagsverwaltung stellte aber den hohen Rang des Informationsrechts der Abgeordneten heraus. Der Landtag ist Haushaltsgesetzgeber und somit für die Vergabe von Fördergeldern, in diesem Fall an die TFW, verantwortlich.“

Ausgangspunkt der Prüfung durch die Landtagsverwaltung war ein 2012 von der LINKEN eingebrachter Gesetzentwurf, gerichtet u. a. auf mehr Transparenz der Trinkwasserkostenkalkulationen und jährliche Berichtspflichten gegenüber dem Parlament. Angenommen hatte ihn der Landtag auf Grund der Mehrheitsverhältnisse nicht.

Bereits 2007 setzte der Landtag auf Bestreben der Fraktionen DIE LINKE und SPD einen Untersuchungsausschuss „Strategien und Entscheidungen zur Sicherung der Thüringer Roh- und Fernwasserversorgung und mögliche Fehlverwendungen öffentlicher Mittel durch den Freistaat“ ein, weil ihm parlamentarische Möglichkeiten der Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit der TFW durch die Landesregierung beschnitten wurden.

Die TFW als Anstalt öffentlichen Rechts ging 2003 aus der Fusion der Thüringer Talsperrenverwaltung mit dem Fernwasserzweckverband Nord- und Ostthüringen hervor und ist seit-



dem zu zwei Dritteln im Eigentum des Landes. Dass sie sich im weiteren Verlauf für das Landesparlament zunehmend als „Buch mit sieben Siegeln“ erweisen sollte, ist deshalb aus heutiger Sicht umso mehr zu kritisieren.

Nachdem jetzt mit den Antworten der Landesregierung recht umfassende Zahlenreihen vorliegen, sieht sich der Abgeordnete Kummer in seinen Befürchtungen bestätigt, dass die TFW ihr Vermögen in weiten Teilen auf Verschleiß fährt, die Landesregierung sich aber augenscheinlich wenig Sorgen darüber macht. Wie sonst sei zu erklären, dass z.B. für die baulich marode Talsperre Weida in Ostthüringen seit Jahren eine Sanierungs- oder Rückbaukonzeption der anderen folgt, aber keine Entscheidungen getroffen werden? Und die Nichtentscheidungen würden den Steuerzahlern Millionen kosten.

Wie groß der Investitions- und Sanierungsbedarf und die erforderlichen Finanzmittel für das Land sind, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Jedenfalls würde diese Art Management der Versorgungssysteme vorrangig Kosten und weniger Erlöse erbringen.

Zum Beispiel sei die Weidatalsperre zusammen mit der Talsperre Zeulenroda 2012 aus der Trinkwassernutzung genommen worden, weil die Versorgung in Ostthüringen ab diesem Zeit-

punkt aus der Talsperre Leibis gewährleistet wurde. Die damit verbundene weitere Zunahme von Überkapazitäten der Trinkwasserressourcen in Thüringen kritisiert Kummer seit Bekanntwerden der Baupläne für Leibis. Dieser riesigen Investition hätte es nach seiner Überzeugung nicht bedurft, denn der Fernwasserbedarf ging seit Mitte der 1990 Jahre kontinuierlich zurück. Die Auflistung der Fernwasserabatzmengen seit TFW-Gründung 2003 in einem der von der Landesregierung vorgelegten Berichte würde zwar wieder einen steigenden Trend aufzeigen, trotzdem läge der Wert für das Jahr 2013 immer noch unter dem für 1997.

Als wesentliches Fazit aus den Informationen der Landesregierung konstatiert der Umweltpolitiker: „Das System der Thüringer Fernwasserversorgung stellt einen riesigen Kostenblock mit vielen Unbekannten dar, für den zum überwiegenden Teil der Freistaat aufzukommen hat. Man denke nur an die Erfüllung der wichtigen hoheitlichen Aufgabe des Hochwasserschutzes. Auch hierfür muss endlich klar und vor allem ehrlich dargestellt werden: Welche Anlagen benötigen eine Ertüchtigung, erfüllt das Betriebsmanagement noch die hohen Anforderungen und welche Kosten kommen auf das Land jetzt und in Zukunft zu? Deshalb ist es dringend geboten, dass für die TFW ernsthafter als bisher über zusätzliche Erlösmöglichkeiten aus dem Talsperrenbetrieb nachgedacht wird. Das Bewältigen der Energiewende ist eine immense Aufgabe. Die TFW könnte beispielsweise mit Elektroenergieerzeugung oder dem Vorhalten von Speicherkapazitäten einen noch größeren Beitrag leisten. Seitens der Landespolitik ist hierfür ein klares Bekenntnis vonnöten, die Aufgaben unterstützen zu wollen, was aber auch heißt, Geld in die Hand zu nehmen.“

Dr. Barbara Glaß

VON A BIS Z:

DDR-Geschiedene

Der Ausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW-Ausschuss) tagt derzeit zum Antrag der in der DDR geschiedenen Frauen. „Ich begrüße dieses Verfahren auf höchster internationaler Ebene und kann nur hoffen, dass den Frauen nach 25 Jahren zu ihrem Recht verholfen wird“, sagt Karola Stange (Fraktion DIE LINKE) und betont: „In Thüringen werden wir unseren Teil dazu beitragen.“

In den Sondierungsgesprächen zwischen der LINKEN, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde vereinbart, dass sich Thüringen für die Frauen einsetzen und Aktivitäten auf Bundesebene unterstützen wird. „Ich werde mich auch im Landtag darum kümmern, dass die Diskriminierung der 300.000 Frauen im Rentenrecht ein Ende gesetzt wird“, erklärt die Abgeordnete.

„Die von uns unterstützte und im Landtag stiefmütterlich behandelte Petition werden wir ein weiteres Mal zum Ausschussthema machen und darauf drängen, dass diese an den Bundestag weitergeleitet wird. Denn auch, wenn alle Diskussionen schon geführt und alle Lösungen verweigert wurden, braucht sich die Bundesrepublik nicht der Gefahr auszusetzen, von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gerügt zu werden. Es ist immer noch möglich, dass die Bundesregierung ein Gesetz erlässt, mit dem geschiedene Frauen aus der DDR aus der Altersarmut herausgeholt werden.“, schließt Karola Stange. ■

WICHTIGE TERMINE

Veranstaltung zur Erwerbslosenarbeit:

„Erwerbslosenarbeit gut gemacht“, ist der Titel einer Veranstaltung zu Themen, wie Grundsicherung, Leistungsrecht und Kosten der Unterkunft, am Sonntag, den 8. November, 10 bis 15 Uhr, im Kulturzentrum mon ami in Weimar, Goetheplatz 11. Auf der Veranstaltung des KOPOFOR Thüringen e.V. (Anmeldungen unter info@kopofor-thueringen.de) sprechen die Landtagsabgeordnete der LINKEN Ina Leukefeld sowie Harald Thomé, Tacheles e.V., und Vertreter des Weimarer Bündnisses SozialTransFair.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de

Rechte Gewalt

Nach den Gewaltexzessen von Neonazis und rechten Hooligans in Köln hat die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping (DIE LINKE) einen „neuen Aufstand der Anständigen gegen rechte Gewalt und rechte Propaganda“ gefordert. Auch Politiker von Linken und Grünen warnten davor, die Gefahr durch Neonazis zu unterschätzen. Es ist eine neue Debatte über das Vorgehen der Behörden entbrannt. „Trotz aller Warnungen haben die Sicherheitsbehörden das Gewaltpotential und die rechtsextreme Orientierung der Hooligans vollkommen unterschätzt“, heißt es aus der Linksfraktion im Bundestag. Dies sei „ein weiteres Kapitel in der Geschichte des staatlichen Versagens beim Kampf gegen Neonazis“. ■

Hetzjagd

Als „widerliche rassistisch motivierte Hetzjagd“ bezeichnet die Abgeordnete Katharina König (Fraktion DIE LINKE) Vorfälle in Hildburghausen. Nach Medienberichten sollen 10-15 Fahrzeuge einen Transporter mit Menschen aus Rumänien durch die Stadt getrieben und bedroht haben, wobei es zu Unfällen kam. Zuvor sollen sich die Beteiligten über eine geschlossene Facebook-Gruppe verabredet haben, die dem Neonazi Tommy Frenck zugerechnet wird. Die Hetzjagd sei nur Gipfel von „seit Monaten ansteigenden Anfeindungen durch eine Gruppe um das neonazistische Kreistagsmitglied Frenck“, so die Abgeordnete, die eine konsequente strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen erwartet. ■

Interregio für Jena

Das Jenaer Bahnbündnis fordert eine Lösung für den Fernverkehr auf der Saalbahn. Laut Medienberichten mahnt das Bündnis bei den Fraktionen des Thüringer Landtages an, Jena nicht ab Ende 2017 vom regelmäßigen Fernverkehr abzukoppeln. Es geht dabei offenbar von einem Regierungswechsel in Thüringen aus und wirbt darum, ein zweistündiges Interregio-Angebot zwischen Berlin und Nürnberg als Ziel im Koalitionsvertrag zu verankern. Der Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert (Linksfraktion) verweist auf ein Gespräch seines Fraktionsvorstandes mit Bahnchef Rüdiger Grube. Der habe zugesichert, diese Variante zu prüfen. Der Freistaat dürfe sich dem nicht verweigern“, so Lenkert. ■

Ein Geisterfahrer in Sachen NSU

Mehrere profunde Sachbücher (darunter die von Bodo Ramelow herausgegebenen Sammelbände) sind zu den Verbrechen der Neo-Nazi-Terrorgruppe NSU erschienen. Doch es springen auch Geisterfahrer auf den Zug auf. Dazu gehört „Kai Voss“ mit dem im rechten Ares Verlag veröffentlichten Buch „Das NSU Phantom“.

Der Name ist das Pseudonym eines Menschen aus dem Umfeld des dubiosen „Compact“-Magazins eines Jürgen Elsässer. Behauptet wird, die Morde seien von Agenten mit „Kontakt ins kriminelle Ausländermilieu“, zu Menschenhändlern und Schutzgeldern begangen worden. Damit kolportiert „Voss“ die rassistisch konnotierte Sicht, auch die Opfer seien diesem Milieu zugehörig. Sie interessieren „Voss“ darüber hinaus nicht, er spricht zynisch von „Dönermorden“. Die Agenten sollen sich 2011 ihrer Handlanger entledigt haben, um von der Eurokrise abzulenken. Das wäre Stoff für einen Roman – aber dazu reichte das Talent von „Voss“ nicht. (sw)

Kai Voss: *Das NSU Phantom. Staatliche Verstrickungen in eine Mordserie*, Ares Verlag Graz 2014, 19,90 Euro

Ramelow: Aufarbeitung anhand von Fakten

Der Fraktionsvorsitzende antwortet auf einen Brief von Matthias Büchner

Vor einigen Tagen hatte sich Matthias Büchner, früherer Abgeordneter des Thüringer Landtags und ehemaliger Sprecher des NEUEN FORUMS, mit einem Schreiben an die Abgeordneten des Thüringer Landtags gewandt. Dabei ging es ihm um die Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die bei der anstehenden Regierungsbildung von Bedeutung sein wird.

Bodo Ramelow hat Matthias Büchner jetzt mit einem Brief geantwortet, in dem der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag darauf verweist, dass seine Partei in den vergangenen 25 Jahren bereits wichtige Schritte zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts unternommen hat.

Bruch mit dem Stalinismus

Konkret benennt Bodo Ramelow den unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus im Dezember 1989, das Bekenntnis zur Schuld und die Bitte um Versöhnung gegenüber Gläubigen, denen in der DDR Unrecht widerfahren ist und den mehrfach dokumentierten

Verzicht der PDS auf sämtliche Vermögenswerte der SED inklusive einer Übereinkunft über eine Vertragsstrafe bei Zuwiderhandlung.

Bodo Ramelow erklärt dazu: „Ich möchte das Schreiben des von mir hoch geschätzten Matthias Büchner zum Anlass nehmen, um auf einige Fakten hinzuweisen, die derzeit häufig bewusst oder unbewusst bestritten werden. Der Diskurs zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte muss fortgeführt werden und er kann auch kontrovers fortgeführt werden.“

„Beitrag zur Versachlichung“

Er sollte allerdings Fakten zur Grundlage haben und keine – leider häufig politisch bewusst benutzten – Unwahrheiten. Indem ich den Briefwechsel zwischen Matthias Büchner und mir transparent mache, möchte ich zur Versachlichung des Diskurses beitragen“, so Ramelow.

Folgende Unterlagen sind auf der Internetseite von Bodo Ramelow (www.bodo-ramelow.de) dokumentiert:

tiert:

– „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“ Rede von Michael Schumann auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin am 16. Dezember 1989

– „Positionen der PDS zu Gläubigen, Religionen, Kirchen und Religionsgemeinschaften“, Erklärung des Parteivorstandes der PDS vom 15. März 1990

– Vergleich zwischen PDS, Treuhandanstalt (BvS) und Unabhängiger Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) zur endgültigen Regelung der Vermögensfragen vor dem Berliner Oberverwaltungsgericht vom 18. Juli 1995

– Schlussbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) vom 5. Juli 2006.

Alle genannten Dokumente sind auch auf der Homepage der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag abrufbar (www.die-linke-thl.de).

Der Landtag hat noch keine der üblichen thematischen Sitzungen absolviert, es gibt aber schon Grundsatzbeschlüsse der LINKE-Fraktion, bestimmte Themen zeitnah wieder in die Debatte zu geben. Dazu gehört die Forderung, ein ausdrückliches – klarstellendes – Verbot sogenannter „Funktionsvergütungen“ aus Fraktionskassen ins Abgeordnetengesetz zu schreiben.

Nach Medienberichten zur Prüfarbeit des Rechnungshofs soll dieses Problem in der vergangenen Wahlperiode die CDU- und FDP-Fraktionen betroffen haben. Eine endgültige ausdrückliche Positionierung des Rechnungshofs zu diesem Thema steht noch aus, obwohl von dessen Präsident angekündigt worden war, sich noch vor der Landtagswahl dazu zu äußern. Hinzu kommt, dass die CDU-Fraktion ein Gutachten zum Thema mit Verspätung erst kurz vor der Wahl dem Rechnungshof abliefern. Es geht bei den Funktionsvergütungen darum, dass Abgeordnete, die im Arbeitsablauf der Fraktion bzw. des Parlaments bestimmte Aufgaben erfüllen, zu ihren üblichen Diäten noch Zahlungen aus der Fraktionskasse bekommen – sozusagen als „Zusatzgehalt“. In einer Pressemitteilung der LINKE-Fraktion heißt es dazu, „dass zu dem Reformpaket der Fraktion für die neue Wahlperiode auch die Verankerung des Verbots der Zahlung von so genannten „Funktionszulagen“ aus der Fraktionskasse im Thüringer Abgeordnetengesetz gehört. „Es gibt seit 2000 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thüringer Abgeordnetenrecht mit dem klaren

Beschluss zu Funktionszulagen



Verbot von ‚finanziellen Hierarchien‘ unter Abgeordneten, das in Thüringen endlich umfassend und wirksam umgesetzt werden muss...“ In der Presseerklärung wird auch mitgeteilt, dass die PDS- bzw. LINKE-Fraktion noch nie solche Funktionszulagen gezahlt hat.

Grundsätzliches Verbot nötig

Ein ausdrückliches Verbot von Funktionsvergütungen aus Fraktionskassen in das Abgeordnetengesetz aufzunehmen ist deshalb nur eine Klarstellung, weil schon seit dem Urteil vom 21. Juli 2000 das Verbot solcher Zahlungen klar ist. Dort wird festgestellt, dass die Zahlung von Funktionsvergütungen eine Gefährdung der in der Verfassung verankerten Freiheit und Gleichheit des Mandats durch „finanzielle Abgeordnetenlaufbahnen“ darstellt. Deshalb ist ein grundsätzliches Verbot fi-

nanzieller Hierarchien unter den Abgeordneten nötig. „Auf der anderen Seite ist der Gefahr zu begegnen, dass durch die systematische Ausdehnung von Funktionszulagen „Abgeordnetenlaufbahnen“ und Einkommenshierarchien geschaffen werden, die der Freiheit des Mandats abträglich sind und die Bereitschaft der Abgeordneten beeinträchtigen, ohne Rücksicht auf eigene wirtschaftliche Vorteile die jeweils beste Lösung für das Gemeinwohl anzustreben. Funktionszulagen können darum zum einen nur in geringer Zahl vorgesehen werden und sind zum anderen auf besonders herausgehobene politisch-parlamentarische Funktionen zu begrenzen. Durch eine Vielzahl von besonders zu entschädigenden Funktionsstellen verstärkt sich die Abhängigkeit des einzelnen Abgeordneten von der politischen Gruppe, der er angehört“, so das Gericht. Dabei macht es

keinen Unterschied, aus welcher „Finanzierungsquelle“ das Geld kommt. Als Verbotsausnahmen werden die (Vize-)Präsidenten von Bundestag und Landtagen und die Fraktionsvorsitzenden benannt – aber nur auf ausdrücklicher gesetzlicher Grundlage.

CDU umgeht Gerichtsurteile

Nach dem Urteil waren im Abgeordnetengesetz zwar die bisherigen Funktionszulagen für stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer und Ausschussvorsitzende gestrichen worden. Trotz Ablehnung durch die damalige PDS-Fraktion und die SPD-Fraktion und einer kritischen öffentlichen Diskussion beschloss die CDU-Mehrheit stattdessen steuerfreie Aufwandspauschalen für die genannten Funktionsträger. Dagegen klagten die beiden Oppositionsfraktionen gemeinsam beim Thüringer Verfassungsgerichtshof. Sie argumentierten: Die Zahlung der Aufwandsentschädigungen stellt eine Umgehung des Urteils von 2000 dar. Im Verfahren wurde unter Hinzuziehung des Rechnungshofes eine Beweisaufnahme durchgeführt. Der Verfassungsgerichtshof schloss sich mit Urteil vom 14. Juli 2003 dem Bundesverfassungsgericht an und ließ die Zahlung dieser steuerfreien Aufwandsentschädigungen nur insoweit zu, als es tatsächlich solche funktionsbedingte Mehrausgaben gibt, es nicht um Tätigkeitsvergütung geht. Die Zahlung von Funktionsvergütungen aus Fraktionskassen ist eine Fortsetzung der Umgehung.

DAS THEMA

„Immer gemeinsames Ziel gehabt“

In all dem Trubel des Neubeginns im Thüringer Landtag war die Verabschiedung langjähriger Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Fraktion DIE LINKE am 22. Oktober und in feierlichem Rahmen eine bewegende Stunde des Innehaltens und des Dankes.

Die Abgeordneten Dr. Karin Kaschuba, Matthias Bärwolff, Heidrun Sedlacik, Maik Nothnagel, Manfred Hellmann und Dirk Möller sind in der neuen Legislatur nicht mehr im Landtag vertreten. „Und Abschied nehmen müssen wir auch von meinem Büroleiter Wolfgang Albold, der – man sieht ihm das Alter keinesfalls an – nun tatsächlich in Rente gehen wird“, betonte Bodo Ramelow mit einem großen Dankeschön nicht nur an einen seit 1994 in der Fraktion tätigen Mitarbeiter, auf den sich alle verlassen haben und verlassen konnten, – „es ist die Verabschiedung einer Institution“, sagte der Fraktionsvorsitzende unter großem Beifall (Foto rechts mit Wolfgang Albold und der ebenfalls dankenden Landesvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsov). „Wir haben gemeinsam gelacht, gekämpft, protestiert, manchmal verloren, ganz häufig gewonnen und immer

ein gemeinsames Ziel gehabt“, so Bodo Ramelow, der für jeden herzliche Worte fand und an Episoden erinnerte, die sich eingepägt haben. Wie damals in der legendären Jenaer (PDS)-Baracke, in die zum Neujahrsempfang „alles kam, was in der Stadt Rang und Namen hatte“ und in der sich Karin Kaschuba bewegte „wie auf großem Parkett“.

Oder Matthias Bärwolff, der jetzt nicht wieder kandidierte, weil er ein Studium aufnahm. Er kam 2004 mit 18 Jahren und als absolut jüngster Abgeordneter in den Thüringer Landtag. Die Kleiderordnung hat er „elegant ausgehebelt“, denn „politische Positionen und was man nach draußen vertritt, sind entscheidend“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende und würdigte sein Engagement für einen fahrerlosen Personennahverkehr.

Maik Nothnagels Themen, ihm aus eigener Behinderung ganz nah, waren Inklusion und Barrierefreiheit. Er sieht genau hin, denn manchmal sind es Kleinigkeiten, die behindern. „Denkt mal drüber nach, hat er uns ins Stammbuch geschrieben“, sagte Bodo



Ramelow. Auch Manfred Hellmann, der 2009 den Wahlkreis Schmalkalden-Meinungen dem vormaligen CDU-Kultusminister Jens Goebel abnahm und nun in den verdienten Ruhestand geht, hat sich auf seinem Gebiet der kommunalen Energiepolitik profiliert. Als Bürgermeister seiner Gemeinde Viernau machte er mit der Auszeich-

nung Solarkommune Schlagzeilen. Ein ganz starker Kommunalpolitiker, der in Weimar stets höchste Wählerzustimmung bekommt, ist auch Dirk Möller, der als sogenannter Nachrücker 2012 in den Landtag zog. Als Sprecher für Schulpolitik und Erwachsenenbildung hat er die Arbeit der Fraktion bereichert. *A. Rudolph*



Seit 1999 war Karin Kaschuba als Hochschul- und Wissenschaftspolitikerin der PDS- bzw. Linksfraktion im Landtag aktiv und anerkannt - hier zusammen mit ihren Fraktionskollegen (v.r.) André Blechschmidt, Dieter Hausold und Knut Korschewsky.



„Damals war ich der jüngste Abgeordnete, jetzt an der Uni bin ich der Alterspräsident“, meinte Matthias Bärwolff, wohl leicht übertreibend.



Maik Nothnagel mit seiner starken Rückbindung in Organisationen von Menschen mit Behinderung wird sich in diesen Fragen auch künftig immer wieder zu Wort melden, betonte Bodo Ramelow.



Zwei Jahre war Dirk Möller (als Nachrücker) jetzt im Landtag, wo er mit Susanne Hennig-Wellsov das Feld der Bildungspolitik beackerte. Aber von Beginn hat er die Politik der PDS und der LINKEN in Weimar und im Landesverband mitgeprägt. Foto rechts: Mit regionalen Lösungsansätzen, wie der Gründung einer Energiegenossenschaft, die Menschen mitnehmen, das zeichnet Manfred Hellmann aus.



Bei der Verabschiedungsveranstaltung nicht dabei sein konnte die langjährige Abgeordnete Heidrun Sedlacik, hier im Foto (2.v.l.) bei der diesjährigen Vergabe des Initiativpreises des Kommunalpolitischen Forums, dessen Vorsitzende sie ist.

Vor allem in den Bereichen Petitionen/Bürgeranliegen engagierte sich die seit 1999 dem Thüringer Landtag angehörende Abgeordnete, die nicht wieder kandidiert hatte, mit großer Leidenschaft. Sie war auch jahrelang Vorsitzende des Abgeordnetenvereins Alternative 54 und hat sich in dieser Funktion um die Vergabe von Spenden zur Unterstützung von Vereinen, Initiativen und Projekten gekümmert.



Zukunft der Friedbergbahn

Nostalgisches Beförderungsmittel soll touristisches Highlight werden

Auf Einladung von Ina Leukefeld weilte Dr. Gudrun Lukin (beide Fraktion DIE LINKE) in Suhl, um sich über das Projekt „Friedbergbahn“ zu informieren. Ziel war, sich die aktuelle Situation vor Ort anzuschauen und Neues über den Stand und die Zukunft der vor drei Jahren begonnenen Wiederherstellung der Friedbergbahn zu erfahren.

Deshalb trafen sich die beiden engagierten Frauen mit dem Geschäftsführer des Vereins "Dampfbahnfreunde mittlerer Rennsteig e.V.", Manfred Thiele sowie mit Vereinsmitgliedern der IG Friedbergbahn, Mike Marzok und Bernd Henn, zum Vororttermin.

Seit über drei Jahren arbeitet der Verein an der Eisenbahnverbindung zwischen Schleusingen und Suhl, um die historische Strecke wieder befahrbar zu machen. Ende 2013 konnte erstmals aus Richtung Schleusingen wieder bis zum Bahnhof Friedberg gefahren werden. Jetzt wollen die Unentwegten Ende 2014 vom Bahnhof Suhl aus den Friedberg erreichen. Welcher Kraftakt das ist, ist von einer Brücke zu sehen, die über Suhl-Neundorf die Strecke überspannt. Hier sind bereits die wild und reichlich wachsenden Gehölze entfernt. Weiter oben sehen wir noch kleine Bereiche in urwüchsigem Zustand und können uns vorstellen, welche immense Arbeit unsere Begleiter investiert haben. Am Bahndamm treffen wir auch einen Bürger aus Neundorf, der unserem Treiben interessiert zuschaut. Er packt seit geraumer Zeit mit an, denn er freut sich darauf, Züge hier wieder entlang dampfen zu sehen. Und viele andere Bürger tun das auch, wie er uns stolz berichtet.



Zwischen Neundorf und Friedberg verläuft die steilste Regelspurstrecke Deutschlands, die Eisenbahnen noch bewältigen, ein Alleinstellungsmerkmal, wie Herr Thiele stolz berichtet. Bis zu 7,06% werden hier erreicht, die ohne jegliche Hilfsmittel wie Zahnradstangen oder Seilunterstützung überwunden werden. Für Touristen sicher eine Attraktion, wenn hier wieder nostalgische Züge unterwegs sein würden. „Wir wollen erreichen, dass Südthüringen mit solchen Zügen wieder komplett befahrbar wird“, so die Vision der Vereinsfreunde. Von Suhl bis Themar oder von Suhl bis Schleusingen als Umsteigebahnhof auf die Strecke nach Schmiedefeld bzw. Bahnhof Rennsteig. So könnten nostalgische Eisenbahnfahrten als Bindeglied zwischen den touristischen Zentren fungieren. Ein Gewinn für Suhl auch als staatlich anerkannter Erholungsort, der durch ein solches Highlight sicher mehr Touristen in die Region locken würde.

Herr Thiele berichtet uns aber auch, dass der Verein vor der Inbetriebnahme

die Verkehrssicherheitspflicht zu gewährleisten hat. Hier sei die Politik gefragt, solch ein tolles Projekt unbedingt zu unterstützen. Ina Leukefeld und Dr. Gudrun Lukin stehen jedenfalls hinter den Akteuren und werden sich dafür einsetzen, dass das Projekt seinen realisiert wird. Dazu soll es im Wirtschaftsausschuss des Thüringer Landtages einbracht werden, denn dort ist über einen touristisch orientierten Schienenpersonennahverkehr (SPNV) bisher noch nicht gesprochen worden. Ich selber werde das Projekt im Stadtentwicklungsausschuss vorstellen, um Stadtverwaltung sowie Stadträte zu sensibilisieren.

Dass es funktioniert, zeigt die Inbetriebnahme der Strecke von Erfurt zum Bahnhof Rennsteig, die seit Mitte des Jahres bereits über 14.500 Fahrgäste verzeichnen konnte. Und unsere Vereinsfreunde der Friedbergbahn? Die würden sich über weitere Mitstreiter sehr freuen, denn es ist noch viel zu tun...

Ilona Burandt ■

Medienschau: Regierungsbildung in Thüringen - „Ratlosigkeit der Union steigt“

Bundesweit berichten die Medien über die Regierungsbildung in Thüringen und ihre Akteure. Hier einige Auszüge aus der Fülle an Meldungen und Kommentaren:

„Wer hat Angst vor dem roten Schreckgespenst?“, fragt das Handelsblatt und erläutert: „Wer vor einer linken Regierung in Thüringen warnt, der verkennt, dass Deutschland bereits Erfahrungen mit linken Landesregierungen gemacht hat.“ Dabei habe sich gezeigt: „So schlecht haben rot-rote Bündnisse gar nicht regiert.“ Sehr detailliert und angenehm sachlich werden die Landesregierungen mit Linke- bzw. PDS-Beteiligung in Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern analysiert. Die schrillen Warnungen vor allem aus der CDU kennzeichnet das Handelsblatt dagegen als „Horrorvisionen“.

„Kurs auf Rot-Rot-Grün“, titelt das Hamburger Abendblatt. Die Koalitionsempfehlung der Thüringer SPD-Spitze für ein rot-rot-grünes Bündnis mit Bodo Ramelow als erstem Ministerpräsidenten der LINKEN in Deutschland sei vom neuen SPD-Landesvorsitzenden Andreas Bausewein als „Entscheidung

von historischer Tragweite“ bezeichnet worden.

Die Abendzeitung München hebt Aussagen aus der SPD Thüringen hervor, ausschlaggebend für die Koalitionsempfehlung seien „die größere inhaltliche Übereinstimmung mit Linken und Grünen sowie die Erwartung auf mehr Stabilität dieser Koalition gewesen“.

„Wohin treibt Thüringen?“, fragt die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Und gibt darauf eine klare Antwort: „Es wird so kommen.“ Dazu nämlich: „dass Rot-Rot-Grün zusammenfindet und dass die Linkspartei ihren ersten Ministerpräsidenten feiern kann“.

„Ein linker Ministerpräsident könnte die Republik verändern“, heißt es beim Deutschlandfunk. Ebenso wahrscheinlich sei aber auch, dass ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis die LINKE verändern werde, die in der Verantwortung stets einen realistischeren Blick von der Wirklichkeit bekommen habe als in der Opposition. „Auch dies könnte ein Bündnis links der Mitte auf Bundesebene mittelfristig realistischer erscheinen lassen“, so die Schlussfolgerung.

Die Osnabrücker Zeitung kommentiert die Regierungsbildung in Thüringen sogar als Teil einer „Perspektive für die nächste Bundestagswahl“; nämlich: „um 2017 einen SPD-Vertreter auch von der Linken zum Kanzler wählen lassen zu können“. Fazit der Zeitung: „Die Ratlosigkeit in der Union steigt.“

(sw) ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Gaucks Prüfung

Der Bundespräsident, das sei angeführt, hat ganz konkrete Aufgaben. Sein „Wirken im Inland“, so ist es auf der Homepage des Bundespräsidialamtes ausdrücklich vermerkt, besteht beispielsweise aus Folgendem: „Über den Parteien stehend, wirkt er in Reden, Ansprachen, Gesprächen, durch Schirmherrschaften und andere Initiativen integrierend, moderierend und motivierend.“

Ob Joachim Gauck, der derzeitige Amtsinhaber, die Homepage des Bundespräsidialamtes kennt und die genannten Pflichten verinnerlicht hat, kann ich nicht sagen. Manche seiner Aktivitäten lassen zweifeln. So hat er sich gerade parteiisch und wie der Elefant im Porzellanladen zu einem möglichen Ministerpräsidenten der Linkspartei in Thüringen geäußert; er müsse sich „schon ganz schön anstrengen, um dies zu akzeptieren“. Nicht nur die Linkspartei hat die Einmischung des Staatsoberhauptes (das ist Gauck) zurückgewiesen. Auch ihre potentiellen Koalitionspartner gingen (bis auf einen bekannten Viel- und gelegentlichen Blindflieger) auf Distanz zu Gauck.

Der hat diesmal ohnehin noch höhere Mächte gegen sich. Er habe mit seinem Vorstoß der Demokratie „keinen Gefallen getan“, heißt es bei Spiegel Online (!). Und „alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Artikel 20), betont das Grundgesetz. Es zu wahren und zu verteidigen, hat Gauck in seinem Amtseid geschworen. Also muss er die Thüringer Wahlentscheidung „akzeptieren“.

Zusätzlich lohnt ein Blick in die Bibel. „Denn Gott widersteht den Hoffärtigen“, heißt es im 1. Brief des Petrus, Kapitel 5. Gut möglich, dass ein höheres Wesen seinen früheren Pfarrer Gauck, der es mit dem christlichen Gebot der Demut selten genau nimmt, diesmal besonders prüft. Oder, volkstümlicher ausgedrückt: Das Leben ist kein Ponyhof, Herr Gauck! ■